



Vorarlberg
unser Land



Pressekonferenz

Montag, 15. Mai 2023

Bundesminister Johannes Rauch

Landesrätin Katharina Wiesflecker

(Sozialreferentin der Vorarlberger Landesregierung)

Titelbild: ©lordn - stock.adobe.com

Erfolgreicher Start des Programms „Wohnschirm“

Unterstützung fürs Wohnen und bei Energiekosten deutlich ausgeweitet

Erfolgreicher Start des Programms „Wohnschirm“

Unterstützung fürs Wohnen und bei Energiekosten deutlich ausgeweitet

Angesichts der hohen Inflation verstärken der Bund und das Land Vorarlberg ihre Hilfe für Menschen, denen die gestiegenen Wohnkosten schwer zu schaffen machen. Bundesminister Johannes Rauch und Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker informieren gemeinsam über den „Wohnschirm“ des Sozialministeriums, mit dem seit März 2022 Menschen unterstützt werden, die von einer Delogierung bedroht sind. Das Programm übernimmt Rückstände bei Mieten und Betriebskosten und unterstützt bei der Vermittlung und Übersiedlung in eine neue, leistbare Wohnung. Seit Jänner 2023 können auch Rückstände bei den Energiekosten vom Wohnschirm übernommen werden, wenn die bestehenden Unterstützungsleistungen der Bundesländer nicht ausreichen. In Vorarlberg wurden bisher 129 Haushalte durch den Wohnschirm Miete und 110 Haushalte durch den Wohnschirm Energie unterstützt. Wegen der hohen Belastung der Menschen durch die Teuerungen hat die Bundesregierung die Mittel für den Wohnschirm von ursprünglich 24 Millionen Euro auf insgesamt 164 Millionen Euro aufgestockt. Auch das Land Vorarlberg ist mit seinen Angeboten von der Delogierungsprävention bis zur Wohnungslosenhilfe breit aufgestellt, betont Landesrätin Wiesflecker. Im laufenden Jahr stehen dafür ca. neun Millionen Euro zur Verfügung, die aus dem Vorarlberger Sozialfonds finanziert werden.

„Die Preissteigerungen merkt jeder und jede beim Einkaufen und am Kontoauszug, wenn Strom, Heizung und Miete abgebucht werden. Besonders für Menschen mit wenig Einkommen sind die steigenden Wohn- und Heizkosten oft mit großen Sorgen für die gesamte Familie verbunden“, betont Sozialminister Johannes Rauch: „In Österreich muss sich niemand um eine warme Wohnung sorgen. Der Wohnschirm übernimmt offene Mieten und Energierechnungen und kann auch Zuschüsse für künftige Energiekosten auszahlen. Für die Familien bedeutet das eine unbürokratische und schnelle Hilfe, die sie aktuell dringend brauchen! Durch den erneuten Ausbau des Beratungsnetzes stellen wir zudem sicher, dass diese Hilfe auch weiterhin schnell bei den Menschen ankommt – oft sogar binnen weniger Tage.“

Zusätzlich zur Übernahme von Rückständen bei der Energierechnung bietet der Wohnschirm bei Bedarf eine finanzielle Unterstützung zur Deckung erhöhter Vorauszahlungen. Sie ist nach Haushaltsgröße gestaffelt und deckt circa ein Drittel der jährlichen Energiekosten ab. Ein Ein-Personen-Haushalt erhält maximal 660 Euro, ein Zwei-Personen-Haushalt bis zu 1.060 Euro, ein Drei-Personen-Haushalt maximal 1.460 Euro, ein Vier-Personen-Haushalt maximal 1.620 Euro. Für jede weitere Person im Haushalt gibt es bis zu 140 Euro.

Sowohl die Übernahme von Rückständen als auch die zusätzliche Unterstützung für die laufenden Kosten ist einmal im Jahr möglich. Anspruchsberechtigt sind grundsätzlich Personen aus dem unteren Einkommensdrittel der Bevölkerung.

Österreichweit wurden vom Wohnschirm Miete bisher über 3.600 Haushalte mit mehr als 8.300 Personen unterstützt. In Vorarlberg waren es 129 Haushalte mit 346 Personen. 107 Familien konnte dadurch der Verbleib in ihrer Wohnung ermöglicht werden, weitere 22 Haushalte wurden beim Wechsel in eine günstigere Wohnung unterstützt. In Vorarlberg wurden bisher 374.000 Euro ausbezahlt, österreichweit waren es rund 13 Millionen Euro.

Seit Jänner neu ist der Wohnschirm Energie. Er hat binnen vier Monaten österreichweit bereits fast 2.900 Haushalte mit 7.800 Personen unterstützt. In Vorarlberg haben 110 Haushalte bzw. 297 Personen Hilfe bei ihrer Energierechnung erhalten. 87 Haushalte erhielten eine Pauschale für künftige Energiekosten erhalten, bei weiteren 22 Haushalten wurden zusätzlich bestehende Rückstände bei den Energiekosten übernommen. 106.000 Euro an Unterstützungszahlungen gingen bisher an Vorarlberger Haushalte, österreichweit wurden 5,7 Millionen Euro ausbezahlt.

Bundesweites Beratungsnetz

Ein bundesweites Netz von Einrichtungen der Volkshilfe, der Caritas, der Diakonie und des Roten Kreuzes sorgen für einen einfachen Zugang zu den Leistungen des Wohnschirms. Diese Sozialeinrichtungen betreuen bereits viele Menschen mit geringem Einkommen und können die Leistungen aktiv anbieten.

Anders als etwa die Heizkostenzuschüsse der Länder ist der Wohnschirm mit einer Beratung verknüpft. Die BeraterInnen können damit individuell auf die Situation der Betroffenen eingehen und diese auch zum Wechsel des Energieanbieters, zum Energiesparen und zu weiteren Unterstützungsangeboten beraten. Über die Homepage www.wohnschirm.at sind nahegelegene Beratungsstellen leicht zu finden, auch eine Terminvereinbarung ist möglich.

Um Betroffenen so rasch wie möglich helfen zu können, erweitert das Sozialministerium nun das bundesweite Beratungsnetz von über 100 Einrichtungen um weitere 23 Einrichtungen in Wien, Oberösterreich, Niederösterreich und dem Burgenland.

Dichtes Beratungsnetz in Vorarlberg

In Vorarlberg kann die Nachfrage durch das bestehende Netz an Beratungsstellen – Caritas, Kaplan Bonetti, Dowas und IfS – gut abgedeckt werden. Generell bewährt sich sehr, Angebote des Bundes an bestehenden Strukturen anzudocken. Dass die Zahlen in Vorarlberg vielleicht nicht allzu hoch erscheinen liegt daran, dass wir schon an sehr guten Präventionsstrukturen und -angeboten andocken können.

Für das Jahr 2023 stehen insgesamt ca. neun Mio. Euro aus dem Sozialfonds zur Verfügung (60 Prozent Land, 40 Prozent Gemeinden). Die Angebote reichen gemäß der strategischen Ausrichtung und der Grundprinzipien des Sozialfonds von präventiven über ambulante bis hin zu stationären, wohnortnahen Unterstützungen.

- Delogierungsprävention und Soziales Netzwerk Wohnen: Diese beiden Projekte haben präventiven Charakter und werden vom Institut für Sozialdienste koordiniert. Die Ausgaben für die Projektbegleitung im Jahr 2023 belaufen sich auf ca. 150.000 Euro.
- Wohnberatung und ambulante Wohnbetreuung: Es gibt drei Beratungsstellen (Kaplan Bonetti, Caritas Existenz & Wohnen, dowas), die mit Themen rund um die Wohnraumsicherung und -beschaffung beauftragt sind. Ca. 3,2 Millionen Euro, das sind in etwa 35.000 Stunden, stehen dafür zur Verfügung.
- Notschlafstellen: Zur kurzfristigen Aufnahme von akut wohnungslosen Menschen gibt es 25 Notbetten, neun bei der Caritas Notschlafstelle in Feldkirch, zwölf beim dowas in Bregenz und vier bei Kaplan Bonetti in Dornbirn. Dafür werden heuer ca. 600.000 Euro eingesetzt.
- Stationäre Wohnungslosenhilfe: Drei stationäre Einrichtungen – Kaplan Bonetti in Dornbirn, Kolpinghaus Götzis und Kolpinghaus Bregenz – haben zusammen ca. 230 Betten für obdachlose Menschen. Für diese Angebote stehen ca. 5,1 Millionen Euro zur Verfügung.

ARGE Wohnungslosenhilfe

Die ARGE Wohnungslosenhilfe ist, was die Entwicklung und Mitgestaltung der Angebote in Vorarlberg anbelangt, ganz besonders hervorzuheben. Gegründet im Herbst 1987 setzt sich diese Arbeitsgemeinschaft aus den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe des Landes Vorarlberg zusammen. Sie versteht sich als Fachgremium, in dem unterschiedliche Standpunkte und Zugänge rund um das Thema Wohnungslosenhilfe laufend diskutiert und bearbeitet sowie Strategien zur Bewältigung diverser Herausforderungen entwickelt werden. Meilensteine, bei denen die ARGE maßgeblich involviert war sind:

Koordinationsstelle Delogierungsprävention

Die Koordinationsstelle Delogierungsprävention wurde im Jahr 2005 zunächst als Pilotversuch eingerichtet und hat im Jahr 2008 den Regelbetrieb aufgenommen. Ziel ist es den betroffenen Menschen rasche und niederschwellige Hilfe anzubieten. Das Vorarlberger Modell der Wohnraumsicherung mit einer Koordinationsstelle, die mit sozialen Einrichtungen, Gemeinden und Wohnbauträgern gut vernetzt ist, bewährt sich seit Jahren und spielt gerade in krisenbetroffenen Zeiten eine ganz wesentliche Rolle bei der Verhinderung von Wohnungslosigkeit.

So hat die Koordinationsstelle alleine im letzten Jahr 324 Haushalte erreicht. Bei 83 Prozent konnte der Wohnraum gesichert bzw. vor der Räumung eine andere Wohnung gefunden werden. Die Zahl der gerichtlichen Räumungsverfahren war über viele Jahre rückläufig und ist im letzten Jahr wieder etwas gestiegen. Aufgrund von Inflation und gestiegener Mietpreise und Energiekosten ist zu befürchten, dass diese Tendenz anhalten wird.

Soziales Netzwerk Wohnen

Fachlicher Hintergrund/These: Jeder Mensch kann – je nach Bedarf – über mehr oder weniger intensive ambulante Wohnbetreuung wieder in ein normales Wohnumfeld mit eigenem Mietvertrag und eigenverantwortlichen Wohnen integriert werden. Ausgelöst durch diese Leitidee entstand 2006 in Kooperation mit den Wohnungslosenhilfeeinrichtungen in Vorarlberg das Projekt Soziales Netzwerk Wohnen (SNW).

Menschen, die durch verschiedene komplexe Problemlagen in ungesicherten, prekären Wohnverhältnissen oder in stationären Einrichtungen leben, aber auch Menschen, die schlichtweg die Vergabekriterien für den Bezug einer gemeinnützigen Wohnung nicht erfüllen – bekommen über das SNW eine gemeinnützige Wohnung bereitgestellt. Zentraler Punkt des Konzeptes ist es, durch ambulante Wohnbetreuung Betroffenen wieder ein selbständiges Wohnen in einer "eigenen" Wohnung als Hauptmieter zu ermöglichen.

Das SNW ist ein sehr erfolgreiches Konzept und mittlerweile weit über Vorarlberg hinaus bekannt. Die Stärke des Projektes liegt in der gelebten Kooperation zwischen Gemeinden, gemeinnützigen Wohnbauträgern, dem Land Vorarlberg und den sozialen Einrichtungen begründet.

Vorarlberg hat sich sehr früh schon mit dem Gedanken des Housing First auseinandergesetzt und diesen Weg durch die Einbettung des SNW in die Angebotspalette der Wohnungslosenhilfe ganz bewusst eingeschlagen. Die Idee des Housing First Modells entspricht vollinhaltlich auch der strategischen Ausrichtung des Sozialfonds.

Einige Zahlen und Daten zu SNW

Seit dem Start des Projektes im September 2006 sind bis Ende des Jahres 2022 insgesamt 222 Wohnungen über das SNW vergeben worden. Die Wohnungen verteilen sich mittlerweile auf 51 Gemeinden. Die Erfahrungen rund um das SNW sind ausgezeichnet. Es gib ganz wenige Einzelfälle in denen die Wohnung aus unterschiedlichsten Gründen nicht gehalten werden konnte. Der Projektverlauf zeigt eindeutig, dass der Housing First Ansatz der Richtige ist - ambulante Wohnbetreuung wirkt. Das Ziel Menschen – und sei es in noch so schwierigen Lebensphasen – auf dem Wohnungsmarkt zu integrieren wird auf eindruckliche Art und Weise erreicht.

Es gilt darauf zu achten, dass Menschen aus prekären Wohnsituationen möglichst über die Vergabe durch die Gemeinden berücksichtigt werden (Regelsystem vor Spezialangebot) und sich das Soziale Netzwerk Wohnen auf Menschen mit Wohnbedarf in Verbindung mit einem hohen Betreuungsbedarf konzentriert.

Die Kooperation aller Systempartner und das Anknüpfen an bestehenden Strukturen sind Schlüsselfaktoren zum Erfolg (Gemeinden, Wohnbauträger, Verwaltung, Sozialeinrichtungen, Politik auf allen Ebenen).

Zwei wesentliche Ansätze in der Wohnungslosenhilfe sind uns Leitgedanke: Verhindern, dass Menschen in die Wohnungslosigkeit geraten (Delogierungsprävention, Wohnberatung und ambulante Wohnbetreuung) und Ausstieg aus der Wohnungslosigkeit ermöglichen (SNW, gemeinnütziger Wohnbau, Wohnberatung und ambulante Wohnbetreuung).

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse

presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095

Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar